

Leitartikel

Eine Reformspritze für die Spitalsärzte

Mit einem Akutpaket hat das Land Tirol endlich auf die um sich greifende Unzufriedenheit der Tiroler Spitalsärzte reagiert. Zu lange hat man diesen Bereich bei der notwendigen Gesundheitsreform ausgeklammert.

Von Peter Nindler

Die Politik kann sich den Forderungen der Spitalsärzte nicht länger verschließen, zu viel steht auf dem Spiel. Es fehlen Turnusärzte, Jungärzte werden von deutschen Spitalern abgeworben, Fachärzte wandern ab oder machen sich selbstständig. Die im Vergleich zu anderen Bundesländern nachhinkenden Gehälter sind nur ein Teil auf der nach oben offenen Unzufriedenheitsskala, die sich in den Tiroler Landes- und Bezirksspitalern breitmacht. Die gestern von der Ärztekammer präsentierte Studie über die Arbeitssituation zeigt zudem die darüber hinausgehende Problematik in den Krankenhäusern auf. Lange Arbeitszeiten,

Zeitdruck und Administration belasten die Mediziner. Das sind Folgen des akuten Personalmangels, den 76 % der befragten Spitalsärzte in der Ärztekammer-Studie als gravierendes Problem bezeichnen.

Die Bundesärzte wiederum beklagen, dass sie zu viel Zeit für die Patientenversorgung aufwenden müssen, Lehre und Forschung dabei zu kurz kommen. Insgesamt ist die Situation unbefriedigend – aber nicht neu. Schon vor 20 Jahren hat der Wissenschaftssprecher der Grünen im Parlament, Kurt Grünwald, als engagierter Ärztevertreter an der Innsbrucker Klinik auf die zu langen Arbeitszeiten aufmerksam gemacht. Es verwundert deshalb nicht, dass 64 Prozent der Spitalsärzte sich nicht vorstellen können, bis zur Pensionie-

rung im Spital zu arbeiten.

Die Gesundheitspolitik hat sich wegen der explodierenden Kosten im stationären Bereich zu sehr auf eine Finanzreform konzentriert. Die ist zwar notwendig, weil die überlaufenen, aber teuren Spitalsambulanzen kaum noch zu finanzieren sind. Die Verlagerung der Patienten zu den niedergelassenen Ärzten könnte zwar die Spitalsärzte entlasten, doch ihre Situation nicht verbessern. Denn einmal mehr steht das Sparen im Vordergrund – nicht weniger als 55 Mio. Euro in Tirols Spitalern bis 2016.

So gesehen war der gestrige Spitalsgipfel ein wichtiges Signal, dass die Politik endlich einmal auf die Betroffenen zugeht. Und wenn ab 1. Jänner 2015 ein neues Gehaltsmodell in Kraft tritt, ist ein weiterer

wichtiger Schritt getan. Denn die Einkommensschere hat sich allein gegenüber anderen Spitalern in den Bundesländern immer mehr geöffnet.

Gesundheits-LR Bernhard Tilg (VP) hat erkannt, dass es akut eine Reformspritze benötigt und das Land Geld in die Hand nehmen muss, damit die Spitaler konkurrenzfähig bleiben. Dafür benötigt es motivierte Ärzte, die sich nicht abwerben lassen.

Lesen Sie dazu mehr auf der Seite 3

peter.nindler@tt.com



Gastkommentar

Populistischer Unfug

Von Walter Guggenberger

Dass Korrekturen unseres politischen Systems unerlässlich sind, steht außer Frage. Ob es der Weisheit letzter Schluss ist, Volksbegehren, die von 10 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt werden, zwingend einer Volksbefragung zu unterziehen, darf aber bezweifelt werden. Bei diesem Instrument gibt es nur die Wahl zwischen Zustimmung und Ablehnung.

Ich erinnere an das „Pensionsvolksbegehren“ aus dem Jahr 2004. „Gegen Pensionsraub und für gerechte Pensionen“ war sein Anliegen. Rund 628.000 BürgerInnen unterschrieben es. Künftig würde eine Beteiligung wie diese automatisch zu einer Volksbefragung führen. Das große Problem dabei: Die zumeist komplexen Inhalte von Volksbegehren lassen sich nicht auf ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ reduzieren. Der oft zu Unrecht geschmähte parlamentarische Prozess wird der Komplexität politischer Themen besser gerecht. Er bietet Spielraum für Verhandlungen und allfällige Kompromisse. Delegiert man die Klärung offener Probleme vermehrt an plebiszitäre Entscheidungen, schwächt dies das hierzulande ohnehin nicht sonderlich starke parlamentarische System zusätzlich.

Ich weiß schon – das Parlament ist auch nach dem positiven Ausgang einer Volksbefragung nicht verpflichtet, den zugepielten Ball aufzunehmen. Es kann sich verweigern. Ich fürchte aber, den Spitzen der Regierung und den Klubvorsitzenden wird auch bei mancherlei populistischem Unfug der politische Mumm dafür fehlen.



walter.guggenberger@aon.at

Walter Guggenberger war langjähriger SP-Nationalrat und Klubchef im Tiroler Landtag.

Frage des Tages (554 Teilnehmer)

Österreichische Lehrer verdienen laut einer aktuellen Studie mehr als im OECD-Durchschnitt, dafür arbeiten sie weniger. Was halten Sie davon?

20 % – Diese Studie ist ein übler Beitrag zum Lehrer-Bashing. Denn hier vergleicht man Äpfel mit Birnen.

19 % – Hoffentlich bringt diese Studie mehr Sachlichkeit in die Verhandlungen zum Lehrerdienstrecht.

61 % – Diese Studie bestätigt nur, was hierzulande im Bereich der Bildung alles falschläuft.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com

Tiroler Tageszeitung ONLINE

Karikatur

„Obama in Afrika“



Karikatur: Daniel Joresch; Foto: EPA/Coon

Kopf des Tages

Abschied einer ungeliebten Regierungschefin

Julia Gillard
(Australiens Noch-Premierministerin)

Bei einer parteiinternen Revolte haben die Abgeordneten der australischen Labor-Partei überraschend Regierungschefin Julia Gillard das Vertrauen entzogen. Im Machtkampf gegen ihren Amtsvorgänger Kevin Rudd zog sie den Kürzeren und steht politisch vor dem Aus. Die erste weibliche Regierungschefin des Landes verlor gestern ein Vertrauensvotum um den Vorsitz ihrer Labor-Partei mit 45 zu 57 Stimmen gegen Rudd. Zuvor hatten beide Erzrivalen angekündigt, sich im Falle einer Niederlage aus der Politik zurückzuziehen. Für Gillard war es schon die dritte Vertrauensabstimmung seit den Wahlen von 2010.

Mit dem dramatischen Befreiungsschlag dreieinhalb Monate vor der Parlamentswahl reagierte die Regierungspartei auf die immer schlechteren Umfragewerte Gillards. Viele Sozialdemokraten befürworteten eine Rückkehr Rudds, den Gillard 2010 aus dem Amt gedrängt hatte. Damit der charismatische Ex-Diplomat das Amt übernehmen kann, wird Gillard vermutlich noch heute ihren Rücktritt einreichen.

Unter Rudd hatten die australischen Sozialdemokraten im November 2007 einen erdrutschartigen Wahlsieg eingefahren. Als Rudds Stellvertreterin genoss Gillard hohe Beliebtheitswerte, doch als sie 2010 selbst an die Spitze rückte, nahm der Zuspruch schnell ab. Gillard wurde 1961 in Wales geboren und wanderte im Alter von fünf Jahren mit ihrer Familie nach Australien aus. In Adelaide studierte sie Rechtswissenschaft und Kunst und engagierte sich in der Gewerkschaft der australischen Studenten. 1998 wurde sie für die Labor Party ins Parlament gewählt. Bei Rudds Amtsantritt 2007 wurde sie zugleich Vize-Parteichefin und stellvertretende Premierministerin. Weil Gillard bis jetzt weder heiratete noch Kinder hat, gab es aus den Reihen der konservativen Opposition immer wieder persönliche Anfeindungen und Sticheleien. (APA, AFP, jec)



Analyse

Auch das Land muss sich der Vergangenheit stellen

Von Brigitte Warenski

Vor exakt 30 Jahren wurden sie für ihre außerordentlichen Verdienste mit Lobesreden bedankt und mit einem Sozialehrenzeichen der Stadt Innsbruck dekoriert. Heute, viele Diskussionen, zahlreiche Aussagen von Betroffenen und ein fundiertes historisches Gutachten später, ist dieses Kapitel Geschichte kein ruhmreiches mehr. Dass der exzessive katholische Gewalttäter Hans Magnus Kerner sowie der leidenschaftliche Nationalsozialist und ebenfalls gewalttätige Hermann Pepeunig 1982 überhaupt in die Liga der Würdenträger aufgenommen wurden, ist eigentlich unglaublich. Keineswegs waren die politischen Verantwortlichen nämlich damals über die Auszuzeichnenden nicht im Bild. In einem Fernsehbeitrag und einem Aufsatz in einer renommierten Zeitschrift wurde über Kerners Gewalttätigkeit bereits

zwei Jahre vor der Würdigung berichtet. Bei Pepeunig wiederum war immer klar, dass er kein einfaches NSDAP-Mitglied war und es stand schwarz auf weiß, dass er sich zumindest einer schweren und einer leichten Körperverletzung gegen Jugendliche strafbar gemacht hatte. Es wiegt heute schwer, dass man damals angesichts dieser Tatsachen derartige Auszeichnungen überhaupt in Erwägung ziehen konnte oder einflussreiche Seilschaften sich über alle Bedenken hinwegsetzen konnten.

Dennoch oder gerade deshalb ist es der Stadt Innsbruck hoch anzurechnen, dass sie sich heute ihrer Verantwortung stellt und auch die Fehler der Vergangenheit nicht schönredet. Weil Kerner und Pepeunig zudem mit Tiroler Verdienstkreuz und Verdienstmedaille geehrt wurden, muss sich jetzt auch das Land seiner Geschichte stellen und die Karten klar auf den Tisch legen. Dass Kerner und Pepeunig nicht die Einzigen waren, die zu Unrecht zu Ruhm und Ehren gekommen sind, wird sich höchstwahrscheinlich bald weisen. Innsbruck hat in dieser Sache erst Kapitel I aufgeschlagen und ist sich bewusst, welche Steine nun ins Rollen kommen können.



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 5

brigitte.warenski@tt.com